

Beschluss des Parteirates

18. September 2006, Berlin

Grüne

Für diplomatische Friedensinitiativen in Nahost und eine deutsche Unterstützung der UN-Mission im Libanon

Der Parteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der grünen Bundestagfraktion der geplanten Beteiligung deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) zuzustimmen und unterstützt den Antrag „Internationales Engagement im Libanon verantwortungsbewusst planen – neue Initiativen im Nahen Osten gestalten“ der Bundestagsfraktion.

Der Einsatz im Libanon erfolgt in Übereinstimmung mit dem internationalen Völkerrecht und mit einem Mandat der Vereinten Nationen. UNIFIL leistet einen wichtigen Beitrag zur Absicherung des Waffenstillstands und zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten. Ohne diese gestärkte UNIFIL-Mission gäbe es diesen Waffenstillstand nicht, den wir Grüne allerdings schon früher gefordert hatten. Ohne UNIFIL gäbe es kein Ende des Krieges. Alle Konfliktparteien stimmen dem Einsatz zu, und es zeichnet sich eine breite internationale Beteiligung an der Mission ab. Damit trägt die UNIFIL-Mission dazu bei, die Voraussetzungen für politische Initiativen zur Lösung des Nahost-Konflikts zu verbessern. Denn weder im Nahost-Konflikt noch im Kampf gegen den Terrorismus gibt es militärische Lösungen. Wer unter der Überschrift des „War on Terror“ das Gegenteil verbreitet, verschärft die Konflikte, statt sie zu mindern.



Aufgrund der besonderen deutschen Verantwortung kann sich Deutschland nicht mit Bodentruppen im Libanon engagieren. Durch den Einsatz auf See ist das befürchtete Risiko, dass deutsche Soldaten auf Israelis schießen könnten, praktisch ausgeschlossen. Gleichzeitig ist der deutsche Beitrag kein Placebo und kann durchaus mit erheblichen Gefährdungen für die beteiligten Soldatinnen und Soldaten verbunden sein. Deutsche Seestreitkräfte sollen Waffenschmuggel verhindern und die libanesische Regierung in ihrer Souveränität stärken. Zugleich stellt die deutsche Beteiligung einen wichtigen Beitrag auch zur Sicherheit Israels dar, und so trifft diese nicht nur auf die Zustimmung der israelischen Regierung, sondern auch auf Zustimmung innerhalb der israelischen Friedensbewegung. Das Mandat ist hinreichend klar und deutlich. Ursprünglich bestehende Unklarheiten innerhalb der Bundesregierung über Auftrag und Ausgestaltung des Mandats, insbesondere durch das chaotische Vorgehen des Bundesverteidigungsministers, hat sie auch auf unseren Druck hin ausgeräumt.

Deutschlands Rolle darf sich nicht auf ein militärisches Vorgehen reduzieren. Von Anfang an haben wir darauf gedrängt, dass sich Deutschland im Bereich der humanitären Hilfe, bei der Bekämpfung der Ölpest vor der libanesischen Küste oder bei der Minenräumung engagiert. Hier leistet die Bundesregierung noch zu wenig.

Der jetzige UN-Einsatz kann nur Zeit für eine politische Konfliktlösung bringen. Die Bundesregierung muss jetzt gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft einen neuen Anlauf zum Frieden in Nahost unternehmen, wie ihn die grüne Bundestagsfraktion im Antrag „Internationales Engagement im Libanon verantwortungsbewusst planen – neue Initiativen im Nahen Osten gestalten“ vorschlägt.

Anders als die beiden anderen Oppositionsparteien machen wir es uns nicht leicht. Wir respektieren eine Ablehnung aus Gewissensgründen. Wir entscheiden verantwortlich aufgrund von Fakten und betreiben keine populistischen Gefälligkeitsspielchen in der Opposition. Nach gründlicher Abwägung unterstützt der Parteirat deshalb die von der Bundesregierung bis Ende August 2007 beantragte deutsche Beteiligung an der UNIFIL-Mission.

Beschluss: Angenommen ohne Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen